

Bocholter Volksblatt

Amtlicher Anzeiger der Stadt Bocholt und benachbarter Orte

Erscheint wöchentlich 7 mal. Der Sonntags Nummer werden das vierteljährliche Unterhaltungsblatt und das achteckige Unterhaltungsblatt "Stern und Blumen" gratis beigelegt. Abonnementspreis monatlich 50 Pfg. oder vierteljährlich durch die Zeitungsboten ins Haus gebracht oder von der Expedition abgeholt 1,50 Mk., von der Post abgeholt 1,50 Mk., durch den Postboten ins Haus gebracht 1,92 Mk.

Organ der Zentrumspartei.
Verantwortlich für den allgemeinen Teil
Redakteur Joseph Weber in Bocholt.
Fernsprecher Nr. 92.

Anzeigen kosten für Einzeiliche (Bocholt und Rheide) die Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., für Auswärtige 15 Pfg. Bei größeren Anzeigen und Wiederholungen derselben gewähren wir entsprechenden Rabatt.
Anzeigen - Annahme jedesmal bis nachmittags 5 Uhr vor Ausgabe der Zeitung. Größere Anzeigen wollen man uns jedoch möglichst vormittags übermitteln. - Reklamen kosten pro Petitzeile 40 Pfg.

Nr. 177.

Druck und Verlag von J. & A. Temming in Bocholt.

Montag, 5. Juli 1909.

Für den Reklamen und Anzeigenteil verantwortlich: J. & A. Temming in Bocholt.

39. Jahrgang

Die Gehaltserhöhung der Reichsbeamten.

Wenn nicht alles trügt, wird die Besoldungsreform für die Reichsbeamten in absehbarer Zeit zur Verabschiedung kommen können. Die Budgetkommission des Reichstages arbeitet gegenwärtig an ihrer 2. Lesung und wird voraussichtlich in diesen Tagen damit fertig werden. Daß die Verabschiedung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, ergibt sich schon daraus, daß jetzt ein Streit in den Mitternachtsstunden über die Gehaltserhöhung der Reichsbeamten im Gange ist. Die Partei um die Vertretung der Beamteninteressen erworben habe. Ein Zentrumsgesandter, der sehr viel schreibt, hat sich in dieser Frage in Widerspruch mit der Mehrheit seiner Fraktionskollegen gesetzt, indem er Mittelungen an die Presse machte, die die Unzuverlässigkeit eines Teiles der Kommission in der Frage der Gehaltserhöhung andeutete. Auf liberaler Seite hat man das natürlich sofort auf sich bezogen und ist entrüstet über das Zentrum hergefallen.

Eines steht vor allen Dingen fest: In der Budgetkommission haben sich alle Parteien die denkbarste Mühe gegeben, herauszufinden, was zu bekommen war. Alle Wünsche, die an die Mitglieder der Kommission herangetragen waren, sind eifrig verfolgt worden, und zwar wohl von allen Seiten. Der beklagenswerte Zustand, daß es bei uns ein halbes Duzend Kategorien höherer Beamten, drei Duzend Kategorien mittlerer und 5 Duzend Rangstufen unterer Beamten gibt, zeitigt unter gleich vorgebildeten Beamten andauernde Rivalitäten, die um so erklärlicher sind, als gerade die Beamten mit schwerster Arbeit, die Verkehrsbeamten (Eisenbahn- und Postbeamten) schlechter gestellt sind, als ihre gleich vorgebildeten Kollegen in der Verwaltung. Die aus diesen Unterschieden erwachsenden Interessen haben in der Budgetkommission allseitig eine kräftige Vertretung gefunden. Es sind in der ersten Lesung Beschlüsse gefaßt worden, die in der 2. voraussichtlich nicht aufrechterhalten werden. Die liberale Presse hatte aus den Andeutungen jener Zentrumsgesandten den Vorwurf herausgehört, der Liberalismus vertrete die Interessen der Beamten nicht warm genug und sei bereit, in der 2. Lesung bei Einzelpositionen, so bei denen der Oberpostassistenten (1800—3600 Mark Gehalt), der Beamten der Regierung nachzugeben. Das nennt eine liberale Korrespondenz eine „höfliche Erwiderung“; sie „läßt“ die Beamten aber folgenmaßen auf: „Zwischen der Regierung und

Kommissionsmitgliedern aus allen Parteien finden gegenwärtig vertraulich geführte Verhandlungen über die Besoldungsfrage statt, die den Zweck haben, ähnlich wie im preussischen Abgeordnetenhaus eine Plattform zu finden, auf der sich alle Parteien mit der Regierung vereinigen können. Daß dabei nicht alle Wünsche erfüllt werden können, liegt auf der Hand. Das ist eine treffende Darstellung der Sachlage.

Unter dem Druck der Regierung sehen sich die Parteien vor die Frage gestellt, ob sie sich auf eine „Reduktion“ oder Reduktion einzelner Positionen einlassen wollen. Daß dabei die Postassistenten stark dem rauhen Ostwinde ausgesetzt sind, wird erklärt durch ihre große Zahl, bei der auch der kleinste „Erfolg“ der Bemühungen der Regierung gleich in die vielen Millionen geht. Alle Parteien werden sich gegen eine derartige Herabsetzung wehren; denn keiner wird den Anfang machen wollen. Von dem „Geschick“ der Regierung wird es abhängen, ob sie damit Erfolg hat oder ob es bei den Beschlüssen der 1. Lesung bleibt. Einer einzelnen Partei ist da vorher kein Vorwurf zu machen.

Das aber, was dem Liberalismus vom Standpunkte der Beamten zum Vorwurfe gereicht, das ist seine Haltung in der 2. Lesung. Die Besoldung der Beamten für die Beamtengehaltserhöhung durch die Steuerreform ist von der Regierung ausdrücklich zur unabhängigen Voraussetzung für die Durchführung der Gehaltserhöhung gemacht worden. Ohne neue Steuern keine Gehaltserhöhung! Das hat die Regierung wiederholt erklärt lassen. Man hätte nun meinen sollen, ihr angebliches, immer wieder so laut betontes Interesse für die Beamten hätte die Herrschaften veranlaßt, von einer Prinzipienreiterei gegenüber dem Zentrum Abstand zu nehmen und zu dulden, daß auch das Zentrum dabei mitspreche. Aber nein! Das Zentrum muß ausgeschaltet werden! Sonst geht es dem Liberalismus nicht gut! Wo das Zentrum mittut, da tut der Liberalismus nicht mit! Die National Liberalen z. B. haben neulich eine Dividendensteuer angekündigt. In ihrer Wirkung kommt die Rotationssteuer auf Weizenhins, nur mit dem Unterschiede, daß die Dividendensteuer erheblich mehr Ertragssteuern verursacht als diese. Aber der Gehalt der Rotationssteuer fand den Beifall des Zentrums, also mußte er verworfen werden, einzelner, ob die Interessen der Beamten darunter leiden oder nicht, einzelner, ob die Beamten infolge dieser liberalen Eifersüchtelei

noch ein Jahr länger auf ihre Gehaltsreform zu warten haben werden.

Da liegt der Kern der liberalen Schuld! Und wenn die Liberalen gesonnen sind, an den Beamten wieder gut zu machen, was sie bisher an ihnen gesündigt haben, so werden sie gut tun, sich in der Steuerreform auf ein Bisheriges zu besinnen, oder aber wenigstens der Mehrheit keine Schwierigkeiten mehr zu machen. Andernfalls tragen sie die Schuld, wenn die Reichsbeamten noch ein Jahr länger auf ihre Gehaltserhöhung warten müssen.

Deutscher Reichstag.

• Berlin, 2. Juli.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit der 2. Lesung der

Tabaksteuer.

Die gestern bei der Brausteuern, so trat auch heute bei der Tabaksteuer der Widerstand der Meinungen scharf zu Tage.

Die Regierungsvorlage hatte bekanntlich zum Zwecke einer Erhöhung der Tabaksteuer eine Vandalensteuer für Zigarren vorgeschlagen, wie sie bereits für die Zigaretten besteht; die Finanzkommission hat aber diese Form der Besteuerung abgelehnt, da sie für die kleineren Betriebe nicht durchführbar ist und diese sowie Tabakindustrie beschäftigt sind, schwer geschädigt oder gar in ihrer Existenz vernichtet haben würde. In der Finanzkommission ist entbrannt alsdann der Kampf darüber, ob eine Erhöhung des Tabakzolls und der Inlandsteuer für Tabak nach dem Gewicht oder nach dem Wert der richtige Steuermodus sei. Die Kommission entschied sich für einen Wertzuschlagzoll bezw. für eine Wertzuschlagsteuer.

Dieser Gegenstand der Anschauungen trat auch in der heutigen Debatte im Plenum des Reichstags ziemlich scharf hervor. Dem Vorschlage der Kommission stellt der Abg. M. O. M. (Freil.) seinen Antrag auf Einführung einer Gewichtsteuer bezw. Gewichtszoll entgegen. In Betreff der Zigaretten lag ferner ein Antrag der Abg. Müller-Hulbe, Graf v. Mielzynski und Kreß vor, der den Zoll auf Zigaretten von 1200 Mk. auf 1000 Mk. für den Doppelzentner ermäßigen will, ferner ein Antrag Kreß auf Herabsetzung des Zolls auf Zigaretten von 400 auf 270 Mk. Ferner wurden Anträge der Abg. Giesberts (Z.) und Albrecht (Soz.) zur Debatte gestellt, monach Arbeiter in der Tabakindustrie, die infolge dieses Gesetzes arbeitslos werden sollten, vom Reiche eine entsprechende Entschädigung bezw. Unterstützung erhalten.

In der Debatte erklärte sich der sozialdemokratische Abg. Wolfenbühler rundweg gegen die weitere Belastung des Tabaks, weil damit eine schwere Schädigung von über 200 000 Arbeitern und von kleinen Tabakindustriellen verbunden sein werde.

Der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann bekämpfte die Wertsteuer, die zu einer Zentralisation der Tabakindustrie führen werde und empfahl dagegen das Gewichtsteuersystem. Aber wie gestern bei der Brausteuervorlage, erklärte der nationalliberale Wortführer auch heute wieder, daß seine Partei die ganze Vorlage ablehnen werde, auch wenn ihre Verbesserungsvorschläge durchgehen sollten. Und das nennen die National Liberalen eine sachliche Behandlung der Vorlagen zur Reichsfinanzreform! Auch der freisinnige Redner Abg. S. O. M. sprach sich gegen die Vorlage aus.

Vom Zentrum sprach Abg. Erzberger. Er wies darauf hin, daß durch die Gewichtsteuer die Arbeiter sowohl als die Konsumenten viel stärker getroffen würden als durch den Wertzuschlag; letzterer sei viel gerechter und diene auch mehr dem sozialen Ausgleich. Es sei doch eine soziale Ungerechtigkeit, wenn die 5 Pfg.-Zigarette des Arbeiters in derselben Höhe mit einer Steuer belegt werden soll, wie die erste Import-Zigarette des reichen Mannes. Redner kennzeichnete dann noch die „sachliche“ Haltung der Linken, indem er konstatierte, daß der Wertzuschlag durchaus nicht von der neuen Mehrheit oder gar vom Zentrum vorgeschlagen sei, sondern von dem nationalliberalen Abg. Dr. Weber.

Es folgte dann die nähere Begründung der Anträge betreffs Entschädigung entlassener Arbeiter.

Der sozialdemokratische Antrag besaß: Arbeiter, die innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes arbeitslos werden, sollen den Betrag eines Jahresverdienstes, mindestens aber 500 Mk. erhalten usw. bis zum einfachen Betrag des Jahresverdienstes.

Der Antrag Giesberts (Z.) will, daß aus den Einnahmen des Gesetzes den Landesregierungen Beträge zu überweisen sind, aus denen Personen, die durch das Gesetz arbeitslos werden, Unterstützungen erhalten sollen. Näheres soll der Bundesrat bestimmen. Die Unterstützung soll aber mindestens drei Viertel des entgangenen Verdienstes betragen.

Der sozialdem. Antrag wurde allgemein als zu weit gehend bezeichnet, der Antrag Giesberts fand dagegen vielfach Zustimmung.

Staatssekretär v. S. O. M. erklärte den Antrag der Sozialdemokraten rundweg als unannehmbar. Dagegen schiene ihm der Antrag

Heiße Herzen.

Roman aus der Gesellschaft von Grafen Eschmann (Nachdruck verboten.)

In unmittelbarer Nähe der heißen Herzen hielt ein glühender Wagen, dessen mutige Rappen von derartigen, aber offenbar sehr kräftigen Hand einer kaum dem Kindesalter entwachsenen, ganz in Weiß gekleideten jungen Dame gelenkt wurden. Auf ihren dunklen Locken saß ein malerisch geformter weißer Hut, mit großen Straußfedern garniert, unter denen die schönen Augen der Reiterin wie glühende Sterne hervorleuchteten. Ihre purpurnen Lippen lächelten und ließen dabei die kleinen weißen Zähne sehen, die den dunklen Samtjungen zur Folie dienten. In Rinn und Wangen des lieblichen Kindes sahen die reizensten Schmelzgrüben, die sich fortwährend vertieften, wenn sie mit dem eleganten Reiter sprach, der neben dem Wagenschlag an ihrer Seite hielt.

Manchmal wandte sie auch das dunkle Köpfchen rasch zu ihrer Nachbarin, deren Schönheit ebenso groß als ihre eigene, aber von ganz anderer Art war — lichtblond, feenhaft und von einer Vornehmheit, die geradezu frappte. Die junge Frau neben ihr hatte jenes unbeschreibliche Etwas, das nur Damen der großen Welt eigen ist, und auf einem feinen, blauen Ankleid lag eine leise Müdigkeit, die den vornehmen Reiz ihrer Erscheinung nur noch erhöhte.

Prinz Mus war in Ekstase.
„Was sagen Sie dazu?“ flüsterte er. „Göttlich, wundervoll! Nicht wahr? Haben Sie je etwas Schöneres gesehen, als diese beiden Damen da? Wesenberg sollte seine liebliche Frau mit diesem entzückenden Kinde auf einem Hilde verewigen. Das würde Jurore machen. Wenn sie doch nur einmal herübersehen wollten, damit man einen Gruß andringen könnte! Dieser Salms ist ein Glücksspiel. Raum taucht da ein neuer Stern am Gesellschaftshimmel auf, so ist

er auch schon als begünstigter Freund und Bewunderer installiert. Wer sie nur sein mag? Ich habe sie noch nie hier gesehen. Vielleicht eine Verwandte des Professors? Sie hat eine gewisse Ähnlichkeit mit ihm, finden Sie nicht?“

„Ja — Ähnlichkeit!“
„Das Klang sehr gerührt. Fürst Welbony hatte das, was sein Begleiter ihm sagte, kaum gehört, so vollkommen war er in das Aufsehen der jungen, blauen Frau versunken, der seine erste Jugendliebe gegolten hatte.

Der Wagen rückte jetzt an und verschwand gleich darauf in dem bunten Gemüß. Sie ist noch schöner geworden in den letzten fünf Jahren“, sagte Sandro Welbony mit einem tiefen Atemzuge, während er an der Seite des Prinzen weiterging. „Ist sie auch glücklich?“

„Wer?“
„Prinz Mus hatte zur Zeit vor Maria Verheiratung noch nicht in Wien gelebt; er wußte nichts von der Lebensgeschichte des Fürsten.“

„Wen meinen Sie?“

„Maria Salms!“

„Ah so, die Professorin Wesenberg — Frau von Wesenberg vielmehr, denn der Professor hat bald noch seiner Verheiratung zugleich mit einem hohen Orden den Adel erhalten, eine Bevorzugung, die ihm persönlich sehr gleichgültig zu sein scheint, denn er zeichnet seine Bilder nach wie vor einfach Paul Wesenberg. Seiner Frau Gemahlin dagegen ist, wenn ich nicht sehr irre, die Standeserhöhung höchst wertvoll, denn ich glaube, daß es ihr selbst in der ersten glücklichsten Zeit ihrer Ehe sehr schwer gewesen sein mag, sich einfach Frau Wesenberg nennen zu müssen.“

Eine kleine Pause entfiel. Prinz Mus hatte in einem vorübergehenden Andauer bekannte Damen gesehen und sie mit seiner bekannten Begeisterung begrüßt. So entging es ihm, daß eine gewisse Spannung und Aufregung sich in den Zügen des Fürsten malte.

„In der ersten, glücklichsten Zeit ihrer Ehe?“ fragte er, als Prinz Mus sich wieder zu ihm

wandte. „Wollen Sie damit sagen, daß die beiden jetzt nicht mehr glücklich sind?“

Der Prinz witzelte das fast emporgehobte Ende seines Schnurrbartes zu einer nachlässigen Spitze zusammen.

„Mit Bestimmtheit läßt sich nichts behaupten“, sagte er achselzuckend. „Der Professor ebensoviel als seine schöne Frau sind jedoch viel zu stolz, um die Gesellschaft zu zeugen ihres häuslichen Unglücks zu machen. Man vermutet nur; aber ich möchte schwören, daß man richtig vermutet. Von der einstigen Liebesleidenschaft ist, fürchte ich, wenig oder gar nichts übrig geblieben. Die schöne Frau geht ihre eigenen Wege und gestattet ihrem Gatten ohne weiteres, das Gleiche zu tun, obwohl es ihr nicht verborgen sein kann, daß er ein ziemlich tolles Leben führt. Er gibt glänzende Feste in seinen Villenräumen, bei denen seine Gattin nicht erscheint und — wie diese Feste geartet sind — auch nicht erscheinen kann. Liebreiz kann man sich nicht leicht etwas Unterhaltendes vorstellen, als einen solchen Künstlerabend in dem Wesenbergschen Atelier. Man trifft die interessantesten Leute von Wien. Wenn Sie wollen, führe ich Sie ein.“

„Nein — danke!“

Das Klang so scharf, daß Prinz Mus seinen Nachbar verwundert ansah.

„Ja, — was haben Sie denn?“ fragte er. „Kennen Sie den Professor?“

„Nur ganz flüchtig.“

„Und Sie mögen ihn nicht leiden?“

„Nein!“

„Vorurteile, lieber Freund, Vorurteile! Bequem ist er nicht, ich gebe das zu, sondern stolz, heftig und wechselnd in seinen Stimmungen. Manchmal, wenn er eben noch ausgelassen heiter war, steht er plötzlich aus, als würde er am liebsten alle seine Gäste vor die Tür setzen. Aber unter dieser rauhen Außenwelt verbirgt sich der edelste Kern. Sie glauben nicht? Daß Sie

stehen eben ganz auf dem Standpunkt der Hei-

figen Gesellschaft, die sich einmal darauf kapriert, alle Schuld auf den Professor zu werfen, während doch auch seine schöne Frau nicht freizupreden ist. Sie will nicht die Professorin Wesenberg, sondern nur Frau von Wesenberg, geborene Komtesse Salms, sein. Das Interesse für seine Kunst ist in ihr ebenso vollkommen erloschen, wie ihre einstige Liebe. Ich bin fest überzeugt, daß sie ihre Verbindung mit dem großen Künstler auf das bitterste bereut, und daß sie ihre Ehe lieber heute als morgen lösen würde, wenn nach den Gesetzen unserer Kirche eine Ehe überhaupt löslich wäre. Ah, da ist ja der Reiter mit seinem Pferde! Ich will doch sehen, ob ich mich nicht an die Wesenbergschen Damen heranschlingeln kann. Gerbert muß mich dieser reizenden Dame aus der Fremde vorstellen, ob er nun will oder nicht, und dann werde ich versuchen, ihm den Rang abzulaufen. Es ist zwar höchst unwahrscheinlich, daß es mir gelingen wird, ihn bei der schwarzäugigen kleinen Fee auszufischen, aber versuchen kann man es immerhin, der Geschmack der Damen ist unberechenbar.“

„Wie schade, Sandro, daß Sie nicht beritten sind!“ fügte Prinz Mus hinzu.

„Sehr schade — läßt sich aber nicht ändern. Wenn man um zehn Uhr nach einer anstrengenden Nachtfahrt ankommt, kann man nicht wohl schon um 12 Uhr im Prater als flotter Reiter paradiere. Ich werde versuchen, eines Flatters habhaft zu werden und nach meinem Hotel zurückzufahren, um mich ein wenig auszurufen.“

„Was? Jetzt schon? Der Zauber geht ja eben erst richtig los!“

(Fortsetzung folgt.)

Feine Lederwaren,
Photographie, Poesie, Postkarten-Albums
Visites, Portemonnaies,
empfehlen
J. & A. Temming, Bocholt.

Giesberts schon annehmbarer. Er hat aber, zu nächst einem Antrag Sielermann (konf.) zuzustimmen, der in Form einer Resolution die verbliebenen Regierungen bittet, aus den Einnahmen der Tabaksteuer einen Fonds zu schaffen, aus dem Entschädigungen gezahlt werden sollen. Bis zur 3. Lesung, meinte der Staatssekretär, würde sich dann schon ein gangbarer Weg gefunden haben.

Die Verhandlungen zogen sich bis nach acht Uhr hin.

Bei der Abstimmung mußten 3 namentliche Abstimmungen vorgenommen werden. Der Antrag Albrecht wurde mit 296 gegen 57 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Giesberts mit 341 gegen 12 Stimmen angenommen. Nachdem die Änderungsanträge Reth und Milcynski zu § 1 die Zustimmung des Hauses gefunden, wurde der entscheidende § 1 mit 191 gegen 155 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen genehmigt und sodann debattelos der Rest des Gesetzes.

Deutsches Reich.

Der 7. Kongreß der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Der vom 18. bis 21. Juli in den Räumen des Bürgerhofs in Köln tagende 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wurde am Sonntag, 18. Juli, um 11 Uhr im großen Saal durch eine große Versammlung eingeleitet. Die Veranstaltung wird dem Charakter einer zehnjährigen Gedächtnisfeier tragen, da bekanntlich Pfingsten 1899 der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz tagte und seit der Zeit erst von einer christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands gesprochen werden kann. In der Versammlung werden sprechen: 1. Generalsekretär Stegerwald über: 30 Jahre christliche Gewerkschaften; 2. Staatsminister Frhr. v. Verlepsch über: Gesetzliche Sozialreform und berufsgenossenschaftliche Selbsthilfe als notwendige Voraussetzungen sozialen und kulturellen Fortschritts; 3. Prof. Dr. Hise über: Der Arbeiterstand in seinem Verhältnis zum Volksganzen.

Die Veranlagung zur Einkommensteuer.

Der Finanzminister hat an die Regierungen einen neuen Entwurf über die Veranlagung besonderer Verhältnisse bei der Veranlagung zur Einkommensteuer gerichtet. Der Entwurf bestimmt: Stellt ein Steuerpflichtiger, dem bei der Veranlagung für 1909 nach § 20 des Einkommensteuergesetzes Steuerermäßigung gewährt ist, auf Grund des Artikels III des Gesetzes vom 26. Mai 1909 bei dem Vorstehenden der Veranlagungskommission den Antrag auf Steuerermäßigung nach § 19 des Einkommensteuergesetzes, so ist zu untersuchen, ob dem Steuerpflichtigen die Ermäßigung aus § 20 wegen des Vorhandenseins von Kindern oder anderen unterhaltungsbedürftigen Familienmitgliedern oder ob sie ihm aus anderen Gründen von der Veranlagungskommission zugebilligt worden ist. In dem letzteren Falle ist auf den Antrag der auf den Steuerpflichtigen veranlagte, nach § 20 ermäßigte Steuerlast um die im § 19 vorgeschriebene Stufenzahl weiter zu ermäßigen. In dem ersteren Falle hingegen kommt die Ermäßigung aus § 20 auf diejenige aus dem neuen § 19 in Anrechnung. Stellt den Antrag auf Grund des Artikels III z. B. ein Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 6800 Mark, der vier unterhaltungsbedürftige Angehörige hat, so ist die Ermäßigung überhaupt zu versagen, wenn dem Steuerpflichtigen mit Rücksicht auf den Unterhalt der Angehörigen bereits eine Steuerermäßigung um zwei oder drei Stufen gewährt war, und es steht ihm nur eine Ermäßigung um eine weitere Stufe zu, wenn er auf Grund des § 20 bei der Veranlagung schon Ermäßigung um eine Stufe erlangt hatte.

Die Nationalliberalen und die Konsumsteuern.

Im Bande agitieren jetzt bereits wieder die Nationalliberalen damit, daß sie im Reichstag gegen die indirekten Verbrauchssteuern, besonders gegen die Tabak- und Alkoholversteuern, im Reichstag stimmen. Demgegenüber ist es notwendig, festzustellen, was der Führer der Nationalliberalen Abg. Wassermann am Freitag, den 25. Juni 1909, namens seiner Fraktion bezüglich der Konsumsteuern erklärte. Nach dem amtlichen Stenogramm erklärte er unter anderem: Ich möchte auch in Rücksicht auf das hier vorliegende Gesetz noch einmal betonen: wir, die nationalliberalen Reichstagsfraktion, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir bereit sind, 400 Millionen indirekter Steuern, darunter 250 aus Brauwein, Bier und Tabak zu bewilligen. — Wenn also die Nationalliberalen jetzt dagegen stimmen, so geschieht das nur, weil ihre Fraktion durch die infolge der Abstimmung über die Erbschaftsteuer sich ergebende neue Parteikonstellations sich nicht mehr die Blockführerrolle anmaßen kann. Also aus rein parteipolitischen Gründen. Den Nationalliberalen geht eben die Partei über alles, bemerkt mit Recht das Organ der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Der deutsche Reichstag muß anti-ultramontan sein!

Das ist die Forderung einer Forderung vom Ausschuß des Antikatholischen Reichsverbandes veröffentlichten Rundgebung. Sie beginnt mit den Worten: „In unheilvoller Verblendung hat ein Teil der nationalliberalen Parteien mit Hilfe des Zentrums und der Polen das große nationale Werk der Reichsfinanzreform zum Scheitern gebracht.“ Schon dieser Satz genügt, um nachzuweisen, daß die Herren vom Antikatholischen Reichsverband von einer wirklich „unheilvollen Verblendung“ befallen sind. Denn nachgerade müßte doch jedes politische Kind wissen, daß der „nationale Block“ ungefahr die Finanzreform zum Scheitern gebracht hatte, daß aber jetzt das Zentrum im Verein mit den Konservativen entschlossen ist,

dem Reiche die notwendigen neuen Einnahmen zur Verfügung zu stellen.

S. Berlin, 2. Juli. Wie die Berl. N. Nachr. von einer Persönlichkeit, die Beziehungen zum österreichischen Hofe unterhält, erfahren, ist dem Fürsten Wilhelms vom Kaiser Franz Josef nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste eine hohe Ordensauszeichnung zugebracht. Die Verleihung der Auszeichnung wird voraussichtlich am Geburtstage des Kaisers, am 18. August, erfolgen. Der greise Monarch will, wie das Blatt hinzusetzt, durch die Ordensauszeichnung dem scheidenden Kanzler seinen Dank für die Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik zum Ausdruck bringen.

S. Berlin, 2. Juli. Zu der Meldung, der Schachsekreter Sydom werde nach beendeter Reichsfinanzreform von seinem Posten zurücktreten, wird der Nat. Ztg. von unterrichteter Stelle erklärt, daß von solchen Absichten des Schachsekreters nichts bekannt sei, und daß für ihn auch kein Grund zum Rücktritt vorliege. Nur, wenn die Finanzreform in einer für die jetzigen Verhältnisse leidlich befriedigenden Form zustande komme.

S. Berlin, 2. Juli. Der Budget-Ausschuß des Reichstages beriet heute die Vorlage betreffend Wohnungsgeldzuschuß für Reichsbeamte. Es kam zu einer längeren Aussprache, in der die verschiedensten Wünsche vorgebracht wurden. Es blieb jedoch bei der in der ersten Lesung beschlossenen Ortsklasseneinteilung; nur München wurde aus Klasse B in Klasse A verlegt. Auch die Tariffälle wurden nach den Wünschen der ersten Lesung angenommen.

S. Berlin, 2. Juli. Zur Beamtenbesoldungsfrage wird mitgeteilt, daß jetzt ein Kompromiß zustande gekommen sei, so daß die Beamten über die Verbesserung der Beamtenbesoldungen wohl noch im Laufe der nächsten Woche erledigt werden könne. Die Regierung habe sich bereit erklärt, 17 Mill. M. mehr als sie ursprünglich bewilligen wollte, für die Besoldung bereitzustellen, so daß im ganzen 117 Mill. M. statt der von der Kommission ursprünglich veranschlagten 132 Mill. M. erforderlich sind.

S. Magdeburg, 2. Juli. Die Nachricht, daß Oberpräsident von Siedel zum Kultusminister ernannt werde, entbehrt nach der „Magdeb. Ztg.“ jeder Begründung.

Ausland.

Schweden.

Ein geplantes Attentat auf den Zaren.

* Kopenhagen, 3. Juli. Der Korrespondent des Daily Telegraph in Kopenhagen telegraphiert, es stehe nunmehr fest, daß die russischen Anarchisten ein Attentat auf den Zaren während seiner Anwesenheit in Stockholm planten, und daß der Mörder des General Beckmann mit ihnen in Zusammenhang stand. Bei demselben fand man einen genauen Plan der von dem Zaren bewohnten Räume im Schloß. 10 russische Anarchisten, die bei der Ankunft des Kaisers verhaftet, aber dann wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, sind jetzt wieder verhaftet worden.

Türkei.

Ein Zusammenstoß zwischen Türken und Griechen.

* Konstantinopel, 2. Juli. Der Osmanische Lloyd meldet aus Saloniki: Zweitausend zur Entartung nach Thessalien wandernde Muslime, darunter aus Serbien bei Gassona wurden von griechischen Soldaten überfallen, die mehrere von ihnen töteten oder verwundeten. Infolgedessen herrscht in Serbien große Aufregung.

Ägypten.

Die Revolution in Persien.

* Teheran, 2. Juli. Die Botschaften sind heute militärisch besetzt und ihre gewalttätige Besetzung ist angebrochen worden, falls sie bis morgen mittag nicht geoffnet sind. In einem Erlass der Regierung heißt es: Der Schah gab eine Landesverfassung, aber die Feinde der Verfassung haben fremde Räuber, Georgier, Kaukasier und Armenier, ins Land gerufen, die es in die Anarchie stürzen wollten. Sie rufen jetzt von allen Seiten gegen Teheran heran. Die Regierung wird die Stadt und ihre Einwohner mit allen Mitteln verteidigen und jeden Bestrafen, der den Revolutionären hilft. Deshalb wird das Kriegsgesetz erklärt, jeder Versuch zum Aufbruch wird im Reime erstickt werden. Die Regierung lehnt für alle etwaigen Vorkommnisse die Verantwortung ab. Der Erlass bedeutet, laut „Frankf. Ztg.“ eine Gefahr für die Europäer.

Äfrika.

Mulay Hafids Ende?

* Tanger, 2. Juli. Nach einer noch nicht bestätigten Meldung ist Mulay Rebi, ein Bruder Mulay Hafids, der im Verein mit dem Haggai den Kampf gegen ihn aufgenommen, um ihn vom Thron zu stürzen, in Meknes eingekerkert. Die eigentliche Hauptstadt des Landes wäre damit in den Händen des Rivalen Mulay Hafids. Aber auch in Fes scheint die Lage Mulay Hafids unhaltbar. Nach einer Meldung aus Fes vom 28. Juni haben die Alkassid und die Alfarbushid die Cherarga bei Fes südlich von Fes angegriffen. Die drei Mahallas des Sultans konnten der Cherarga keine Hilfe bringen, weil sie ausgerückt waren, um diese in den Kämpfen mit den Sultans zu unterstützen. Die Mahallas wurden in einen Hinterhalt gelockt und erlitten schwere Verluste, vermochten jedoch ihr Lager wieder zu erreichen. Die Angriffe dauern fort. Der Nachschub ist unzureichend über einen großen Erfolg, den Mulay Rebi neuerdings über den Raib Jaian errungen hat, dessen zwei Söhne gefallen sind. Die Erfolge dieses Sieges scheinen es gewiss zu sein, wenn Mulay Rebi in Meknes hat eintreffen können.

Luftschiffahrt.

* Stuttgart, 2. Juli. Die Württembergische Zeitung hat den Grafen Zeppelin um eine

Ausschreibung über die Zwischenlandung des Z 1 ersucht und folgende Erklärung erhalten: Das Luftschiff Z 1 hat gezeigt, daß es in seiner gegenwärtigen, noch nicht genügend wasserdichten Hülle sehr starkem Regen auf die Dauer nicht gewachsen ist. Regengüsse gewöhnlicher Art hat es früher gut bestanden. Das mächtigere Luftschiff Z 2 hat hinreichend erwiesen, daß es auch die schweren Regenböden zu überwinden vermag. — Die Luftschiffbau-Gesellschaft Zeppelin erklärt, daß alle Nachrichten über Zwischenfälle zwischen der Gesellschaft und den Luftschiffen, die den Z 1 führen, erfunden seien. Die Gesellschaft habe mit dem der Militärverwaltung gegenüber den Z 1 nichts mehr zu tun, also auch keinen Anlaß, Ratsschläge und Hilfe anzubieten. Man verfolge aber in Friedhofshafen mit Interesse diese mehrtägige Landung, weil sie einen neuen Beweis für die Landungsfähigkeit und Stabilität der Zeppelinschen Luftschiffe bilde.

* Friedrichshafen, 2. Juli. Die Zeppelinsche Luftschiffbau-Gesellschaft erklärt die Nachricht eines schwedischen Blattes, daß Graf Zeppelin sich bereit erklärt habe, der schwedischen Regierung zwei Luftschiffe zu liefern, als den Tatsachen nicht entsprechend.

* Zur internationalen Regelung des Luftschiffverkehrs hat Frankreich das Deutsche Reich wie auch andere Staaten zu einer Konferenz eingeladen, die möglichst noch in diesem Jahre stattfinden soll. Den Anlaß hierzu gaben Reklamationen deutscher Ballonführer wegen der Erhebung hoher Zölle für nach Frankreich verschifftene Ballons. Es ist von der französischen Regierung für die Konferenz ein umfangreiches Programm aufgestellt worden, das bereits Gegenstand von Beratungen zwischen den beteiligten deutschen Ressorts gewesen ist. Danach sollen für Freiballons, lenkbare Luftschiffe und Flugmaschinen nach Analogie der Bestimmungen für den internationalen Schiffsverkehr Vereinbarungen getroffen werden, durch welche alle Fragen der Landung, der Führung von Nationalitätsabzeichen und Erkennungsmarken, der Zollbehandlung, der Lizenzerteilung an Ballonführer und der Verkehrsordnung geregelt werden.

Kirchliches.

Zum Bischofs-Jubiläum.

Das Glückwunschkreiben des hl. Vaters.

Bekanntlich hat Se. Heiligkeit Papst Pius X. seinem hochwürdigsten Bischof Hermann zu seinem goldenen Priesterjubiläum durch Se. Eminenz Kardinal Bischof am Jubiläumstage ein eigenes Handschreiben überreichen lassen; dasselbe lautet in Uebersetzung:

An den Ehrwürdigsten Bruder Hermann, Bischof von Münster.

Pius X. Papst.

Ehrwürdigster Bruder, Gruß und Apostolischen Segen! — Es ist uns wohl bekannt, wie sehr Du wegen Deines klugen und rastlosen Hirteneifers nicht nur in dem Bistum, das Du schon lange Jahre regierst, sondern auch in der ganzen Kölner Kirchenprovinz, und darüber hinaus im ganzen katholischen Deutschland Anerkennung gefunden hast. Deswegen konnte es uns nicht wundernehmen, als wir die frohe Kunde von den Glückwünschen erhielten, die Dir binnen kurzem unter dem freudigen Beifall aller Gutgeantanten zu dem glücklichen Tage Deines goldenen Priesterjubiläums von der Deinigen dargebracht werden sollen. Dieser Tag fällt sehr schön in jene Feiertage hinein, die dort zum Andenken an den ersten Bischof von Münster, den Apostel Westfalen, den hl. Ludgerus, aus Anlaß seines 1100. Todestages veranstaltet werden. Da Du nämlich Deinem heiligen Vorgänger ähnlich zu werden stets eifrig bemüht warst, so gegiebt es sich, daß Du gewissermaßen teilnimmst an den Ehrenbezeugungen, die ihm dargebracht werden. Wir wollen im Geiste bei dieser Doppelfeier gegenwärtig sein, indem wir zuversichtlich hoffen, daß mit derselben ein reicher Nutzen für das religiöse Leben der Gläubigen verbunden sein wird. Schon jetzt wünschen wir Dir umso herzlicher Glück, als Du stets eine große Energie gegen uns an den Tag gelegt hast. Wir beten inbrünstig zu Gott, er möge Dich zum Besten der Kirche in Münster noch recht lange erhalten und Dich mit der Fülle seiner Gnadengaben beschenken. Als Unterpfand derselben und als Beweis Unseres Wohlwollens erteilen wir Dir, Ehrwürdigster Bruder, wie auch Deinem Klerus und Volke liebevoll den Apostolischen Segen! Gegeben zu Rom beim hl. Petrus am 1. Juni des Jahres 1909, im sechsten Unseres Pontifikates.

Pius X. Papst.

Oberhirtlicher Dank.

Das kirchliche Amtsblatt der Diözese Münster veröffentlicht folgenden:

Zu meinem goldenen Priesterjubiläum sind mir aus allen Teilen der weiten Diözese, wie auch von auswärtig zahlreiche und herzliche Glückwünsche zugegangen. Dieselben waren vielfach begleitet von sinnigen und wertvollen Geschenken, die mir eine große Freude gemacht haben, weil sie den liebevollen Gesinnungen meiner Diözesanen gegen ihren Bischof bezeugen Ausdruck gaben. Insbesondere hat der hochwürdigste Diözesanvikar mit einem kostbaren Gedenkstab, der Adel des Bistums ein sehr wertvolles Eborium für die Bischofliche Hauskapelle verehrt, sämtliche Pfarrgemeinden aber haben eine sehr beträchtliche Summe für bringende Diözesanbedürfnisse als Jubelgabe dargebracht.

Gern möchte ich allen, die meiner am Tage meiner Geburt in Liebe gedacht haben, einzeln meinen warmsten und herzlichsten Dank abstaten. Da mir das aber nicht möglich ist, wolle ich diesen Weg, um ihnen allen zu sagen, wie sehr sie mein Herz erfreut haben, und wie dankbar ich ihnen allen bin. Ich bleibe zu Gott, daß er ihr überreicher Lohn sein wolle.

Münster, den 27. Juni 1909.

Der Bischof von Münster.

† Hermann.

Landwirtschaftliches.

Staatenbund um Mitte Juni im Regierungsbezirk Münster, Kreis Borken,

stellte sich nach den Angaben des statistischen Landesamts bei den Vegetationsziffern (Noten) 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering und 5 = sehr gering: Winterweizen 3,2 (für den ganzen Staat 3,2), Sommerweizen 2,9 (2,8), Winterroggen (Dinkel) — (2,4), Winterroggen 2,4 (2,9), Sommerroggen 2,6 (3,0), Sommergerste 2,9 (2,7), Hafer 3,1 (2,7), Erbsen 2,9 (2,8), Ackerbohnen 3,0 (2,8), Widen 3,1 (2,9), Kartoffeln 2,6 (2,8), Zuckerrüben — (2,8), Winterzuckerrüben 3,3 (3,5), Flachss (Rein) 2,5 (2,9), Riee 3,7 (3,5), Luzerne 3,4 (3,3), Wiesen mit künstlicher Be- (Ent-) wässerung 3,4 (3,3), andere Wiesen 4,0 (3,7).

Gerichtssaal.

? Düsseldorf, 2. Juli. Was alles als Plotschwurf verkauft wird, erhält recht bezeichnend aus der folgenden Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Die hiesigen Kaufleute Emil Dike und Johann Schmitt hatten von einer Hamburger Firma etwa 1000 Pfund Plotschwürste bezogen, die nach einer Untersuchung des Stadtdirektors Dr. Vood hochgradig verdorben und gesundheitsgefährlich waren. Nichtsdestoweniger ließ Schmitt 400 Pfund der Würstchen verkaufen, was zu einem Eingreifen der Gesundheitspolizei und zur Vernichtung der Waren führte. Er wurde heute wegen vorsätzlicher Nahrungs- mittelverfälschung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Er zwar freigesprochen, doch sei er durch die Verurteilung seiner Firma stark belastet. Die Anklagen Karl Böcker und Franz Nonnen wurden wegen fahrlässigen Vergehens gegen das Nahrungsmitteigesetz zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

? Bielefeld, 30. Juni. Unter der Anlage, ihren Gemann vorläufig ermordet zu haben, hatte sich die bei Begehung der Tat 19jährige Frau Katharina Piegla vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Die Angeklagte hatte mit 16 Jahren geheiratet und ist Mutter von drei Kindern. Die Ehe des jungen Paares war eine äußerst unglückliche, da der Mann stark trank. Am 17. September v. J. verjübelte er einen Teil seines Geldes in verschriebenen Lotolen und wurde von seinem Bruder betrunken auf der Dorfstraße gefunden. Dieser bemächtigte sich, ihn auf die Reine zu bringen und holte auch die Schwägerin herbei, die sich aber weigerte, ihm zu helfen. Der Bruder mußte den Betrunkenen schließlich seinem Schicksal überlassen. Am nächsten Morgen wurde Piegla auf der Dorfstraße mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. Die Angeklagte hatte, als der Bruder sich entfernt hatte, aus der Wohnung einen Hammer geholt und mit diesem dem wehrlosen Daliegenden vier tödliche Schläge verleiht. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage auf Mord, worauf der Gerichtshof die Angeklagte zum Tode verurteilte. Sie nahm das Urteil sehr ruhig entgegen. Die Geschworenen beabsichtigten, zu ihren Gunsten ein Gnadenersuchen einzulegen.

? Leipzig, 2. Juli. In dem Espionageprozeß gegen den früheren französischen Kapitän Francois Zinternagel wurde heute das Urteil gesprochen. Das Reichsgericht erkannte gegen ihn wegen verurteilten Vergehens gegen § 3 des Espionagegesetzes auf ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus. Außerdem wurde Vollstreckung für fünf Jahre erklärt. Drei Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Von der Überweisung der Ehrenrechte nahm das Gericht Abstand.

Provinzielle Nachrichten.

* Warendorf, 3. Juli. Die Leistungsprüfungen, die jedes Jahr zwecks Aufnahme von Fohlen und Vorführung älterer, bereits eingetragener Hengste und Stuten seitens der Züchtervereinigungen „Westfälisches Pferdestammbuch e. V.“ auf dem Leubungsplatz des Landgestüts Warendorf veranstaltet werden, finden in diesem Jahre am 18. u. 19. Sept. statt. Am 1. Tage ist eine Ausstellung und Prämierung von 2- und 3-jährigen Stuten damit verbunden, wozüber sie am 2. Tage, einem Sonntage, ein Hindernisrennen, sowie ein Trabrennen von Hengsten und Stuten der Trabzucht anstehen wird.

* Hamm, 2. Juli. Die siebzehnte Leiche ist auf Bege Radbod geborgen worden. Sie war, wie die vorher geborgenen, nicht zu erkennen.

* Hagen, 2. Juli. Die Belohnung für die Ergreifung des am 1. April hingerichteten Aufständischen Franz Giese, die bekanntlich 1000 M. betrug, ist jetzt verteilt worden. Der Postagent Hausmeister in Lemhausen, der zuerst die Polizei auf Giese aufmerksam gemacht hatte, erhielt 300 M. Der Postbote Schrage und der Eisenbahnschaffner Schulte, die beide befunden konnten, daß Giese einen bestimmten Zug benutzt hatten, erhielten je 100 Mark. Die übrigen 500 Mark wurden unter Personen verteilt, die bei der Ergreifung Gesses mitgewirkt hatten.

* Gelsenkirchen, 2. Juli. In verlassener Nacht wurde in der Märkerstraße im nördlichen Schalle der aus Dortmund zu Besuch hier weilende Italiener Dionisius Malissi durch einen Schuß ermordet und beraubt. Der Täter ist noch nicht ermittelt worden. Zwecks Entdeckung wurde ein Vollgegend von Frankfurt a. M. an die Mordstelle beordert.

* Wattenfeld der Güllertal genidstarend Ein Kind wurde hospitals gebraht, handelt e am Platzlag vorgekommen

* Hürde, 3.

und des Sch

abend gegen

des Förder W

ogyd, Kopfen

steht und beim

Häuser des S

bet ä u b t e

laubten wurd

Feuerwehr ins

Hörder Kranke

Apparaten bes

jetzt niem

daß sämtliche

kommen werbe

Zu dem L

Das in Frage

Kobranlage,

erstreckend den

Dimensionen

Gasleitungsan

führt von der

die auf den

weiteren Ver

Auströmen

Nähe der

dem Liebergan

strömten gew

jedes Lebens

Die Einmo

gegenüberliege

sämtlich im

von weitem

Nähe der Un

Boden fintere

über die Ufer

der Hütte N

und die Roh

waren bereits

firmungslos.

Hörder Letzte

in weitem U

Feuerwehr w

und borgan

unglückten r

Dortmunder

dem Alarm i

stoff-Apparat

flugharen R

wurden. Die

Krankenhäuser

glücklicherwe

gefahr bestan

im Laufe d

verloren. In

Aufnahme in

30. Wärb

folgt sehr u

getreten. Di

Seelente woh

mit dem Leb

* Dortmund

für die Ju

Landesstru

9.—11. d. M

zwei herger

dem Viehmar

endet. Wenn

im Festsaal

abend statt

wird am 9.

gehen. Aus

anstellungen

sei ein große

Klub von 20

eine Vorführ

vor 100 S

100 Damen

* Duisbur

Kremer her

reinen mo

beidrub und

Frau und

wollten. U

der Rettung

Krankenhaus

darniederleg

seine Frau 2

drei kleine

* Düsseldorf

Raufmanns

brennerz so

darauf im

* Köln,

kam es in

straße, wo

mehreren R

Volksmenge

fielen. Be

geben. Ein

Hospital ab

